



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme
DB Regio und S-Bahn

8. September 2016

Neue Wahlen ... für dieselbe Politik

Die AfD hat in Mecklenburg-Vorpommern mehr Stimmen bekommen als die CDU. Die Aufregung über den neuen Erfolg der fremdenfeindlichen Rechtspopulisten ist groß, auch wenn Umfragen das Ergebnis schon erwarten ließen.

Im Berliner Wahlkampf sind sich die Medien noch nicht einig: Wer wird der größte Verlierer? Fest steht für alle Analysten: Die AfD wird auch hier kräftig absahnen. Bisher steht sie in Umfragen bei ca. 15 %.

Bei den Wahlen haben wir nichts zu gewinnen...

Eine „linke“ Mehrheit aus rot-rot-grün könnte den Senat übernehmen. Doch eine Neuauflage von rot-rot würde durch die grüne Beteiligung nicht sozialer. Alle haben noch in Erinnerung, was SPD und Linkspartei (PDS) uns eingebrockt haben: Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Wohnungen, damit auch die enormen Mietsteigerungen; Lohndrückerei und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst usw. usf.

Egal wer am 18. September in Berlin nun als „Gewinner“ oder „Verlierer“ aus dem Feld geht – für uns Arbeitende wird sich kaum etwas ändern. Es wird dieselbe unsoziale Politik weiter betrieben werden... Schließlich haben in Berlin schon so ziemlich alle Parteien schon bewiesen, dass es für die Bevölkerung nur alten Wein in neuen Schläuchen gibt.

Inhaltsleerer Wahlkampf

Somit ist es nicht verwunderlich, dass sich die etablierten Parteien den Berlinern im Wahlkampf gähmend inhaltsleer präsentieren. Von den Problemen, vor denen die Stadt steht, ist kaum die Rede. Von der Stadt, die wächst, schon bald vier Mio. Einwohner haben könnte und deshalb neue Wohnungen, neue Schulen und neue Straßenbahnen braucht, ist bei den etablierten Parteien keine Rede.

Einigkeit herrscht beim Ablehnen der AfD – auch wenn die CDU nicht immer so konsistent ist in dieser Frage. Doch was bedeutet diese Einigkeit?

Es heißt nichts anderes, als dass man unbeirrt an der bisherigen Politik festhalten wird. Zugleich biedernd sich CDU/SPD nach rechts an, indem sie sich an der Hetze gegen Flüchtlinge beteiligen – das kann auch kein Stinkefinger Gabriels in Richtung einer Gruppe von Nazis übertünchen. Das Gefühl der „kleinen Leute“, welche sich von der „großen Politik“ nicht vertreten fühlen ist verständlich. Aber was folgt daraus?

Eine Alternative „für Deutschland“?!

Welches Deutschland? Das der Chefs und Unternehmen, nicht das der arbeitenden Bevölkerung! Was hat die AfD den Arbeiter_innen und Arbeitslosen anzubieten, damit „die da oben“ mal „auf das Volk“ hören? Mehr Polizei? Als ob die auf unserer Seite stünde... Was hat diese Partei gegen die vielen Entlassungen und Einsparungen in den Betrieben zu sagen? Nichts! Denn die AfD hat nichts dagegen. Wo steht die AfD, wenn es beispielsweise bei der Charité und CFM um mehr Personal und mehr Gehalt geht? Sie haben gar nichts anzubieten, was irgendwie nach einem Programm für die „kleinen Leute“ – gegen die Unternehmen und die Großaktionäre aussieht. Im Gegenteil: Die AfD diskutiert munter, dass sogar der jetzige Mindestlohn abgeschafft gehört. Gleichzeitig möchte sie die Sozialleistungen kürzen.

Geld vom Staat untergrabe "die Selbständigkeit des Bürgers", argumentiert die AfD. Jeder soll sehen, wo er bleibt, meint das. Dazu soll das Arbeitslosengeld privatisiert werden, also private Versicherer sollen diese Leistung für jene anbieten, die sie sich leisten wollen und können. Viele werden das nicht können. Die haben dann halt Pech. Beziehungsweise soll ihre Familie für sie zahlen. Das Gleiche gilt bei Arbeitsunfällen. Auch das könnten private Versicherungen übernehmen, fordert die AfD. Wer keine Unfallversicherung hat, die derzeit Pflicht ist, der ist im Zweifel nicht nur krank, sondern schnell auch arm.

Wir haben nur eine Alternative...

Das Gefühl der Mehrheit ist ganz richtig: „Ein ‚weiter so‘ kann es nicht geben!“ Klar, denn „weiter so“ bedeutet: kapitalistische Politik im Sinne der Herrschenden, welche über die Wirtschaft, den Reichtum und damit über die wahre Macht verfügen. Im Interesse von uns Arbeitenden und Arbeitslosen ist das nicht. Aber es wird auch nach den Wahlen niemanden geben, der Politik in unserem Sinne betreibt, wenn wir es nicht selber tun. Wir sind die einzigen, die für unsere Zukunft kämpfen können, indem wir uns z.B. in den Betrieben organisieren, gemeinsam streiken oder auf die Straße gehen. Die Unternehmen und Ihre Politiker haben nur Ihre Interessen im Sinn. Statt auf die Wahlen müssen wir anfangen, auf uns selbst zu vertrauen. Die einzige Alternative ist, dass wir gemeinsam mit unseren Mitteln für unsere Interessen kämpfen. Gründe dafür haben wir genug!

Von Kollegen für Kollegen...

5 zu 2 und jedes zweite frei

Bei der EVG wird noch über die Tarifrunde diskutiert, bei der GDL geht's los mit „fünf Tage pro Woche arbeiten, zwei zusammenhängende Tage frei und jedes zweite Wochenende frei“. Und das sind längst nicht alle unsere Forderungen. Da wären noch Absenkung der Fahrzeiten, weniger Ring-Fahrzeit am Stück...

Udenkbar, dass die Bahn das freiwillig erfüllt.

Wenn wir uns ernst nehmen lassen wollen, dann machen wir uns an die Arbeit und bereiten die Streiks vor. Man nehme alle Bahnbereiche zusammen, organisiere gemeinsame Streiklokale und Aktionen, rede mit allen, die wegen Streik noch zögern und stimme über die Forderungen ab, die im Zentrum der Aktionen stehen sollen. Das ist ein gutes Rezept aus dem letzten Jahr. Backen wir es an!

Die Kurve zeigt nach oben

Die geheimnisumwobene Belastungsstudie der Tfs hat Geheimhaltung gar nicht nötig. Klar, dass durch die Bank angekreuzt wurde, dass die Belastungen stark gestiegen sind. Das Problem sind vor allem die geistigen und emotionalen Belastungen: zu viele Arbeitsschritte gleichzeitig beachten und ausführen, keine Zeit für Entspannung... und keinen Urlaub, wenn wir ihn wollen. Dazu passt, dass bei den Fragen zu ZAT-FM alles im negativen Bereich liegt, bei Abfertigung mit Aufsichten alles auf grün steht.

Das sind Probleme von uns allen! Eine neue Yoga-Klangschale bringt da nichts. Die S-Bahn schlussfolgert aus der Studie, dass noch nicht alles knallrot ist, da ist noch Luft. Aber für uns ist es schon rot genug, entlastende Maßnahmen für alle müssen her!

Schattendasein der Meldestellen

Die S-Bahn-Chefs wiederholen in einer Tour, die Meldestellen sollen bleiben. Das Rumgeheuchle glaubt kein Mensch. Die Einsparungen bei den Räumen, Papier, Personal usw. sind kalkuliert. Bei Regio träumen die Chefs laut von Wegfall der Wegezeiten, Dienstbeginn/ende auf dem Bahnsteig.

Für die Geschäftsleitungen gehören Tablets und Einsparung der Meldestellen zusammen. Es geht um entscheidende Minuten und mehr Flexibilität.

Für uns steht auf dem Spiel, dass wir noch mehr allein arbeiten und wie Maschinchen von Bahnsteig zu Bahnsteig hüpfen. Die neue Einsamkeit Dank Tablet, das brauchen wir nicht auch noch...

Rechenkünstler mit Überstunden

In der DB-Welt wird vorgerechnet, dass der Überstundenberg im letzten Jahr von 7,5 Mio. auf 6,3 Mio. abgebaut worden wäre. Aber wie? Eine halbe Million Stunden wurden auf Langzeitkonten verschoben, sind also aus der Überstundenstatistik weggezaubert! Ein anderer Teil wurde „in Entgelt umgewandelt“.

1200 Lokführer_innen werden neu angestellt, wird geprahlt. Nicht gesagt wird, wie viele gehen. Laut Geschäftsbericht sind im ersten Halbjahr 2016 allein bei DB Regio 537 Vollzeitpersonale verschwunden. Wie viele Überstunden zur Ausarbeitung dieser Rechenricks wohl gemacht wurden? Unsere Forderung bleibt: Verkürzung der Arbeitszeit und Einstellungen, bis der Berg weg ist und nicht nur flachgerechnet.

Vorsicht Trojaner

Wenn einer, der sonst nur spart, optimiert und in die eigene Tasche wirtschaftet, also ausbeutet, wo er nur kann, wenn so einer mit einem Geschenk um die Ecke kommt, dann muss man misstrauisch werden. So ein „Geschenk“ ist die private Nutzung des Tablets. Und weil man ja Geschenke mit nach Hause nimmt, soll das dann kein Betriebsmittel mehr sein, und am Ende sollen die Dienstanweisungen in der Freizeit gelesen werden. Einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul? Einem trojanischen Pferd lieber doch!

Angekratzt

Nach den letzten Weisungen bei Regio sollen wir z.B. vor jeder Zugfahrt und nach Schleudervorgängen die Radscheiben der BR 112, 114 und 143 auf Schleifspuren durch die Verschiebedetektoren kontrollieren.

Diese zusätzlichen Arbeiten sind in den Schichten nicht vorgesehen und führen zu Verspätungen und zusätzlichem Stress. Verantwortlich für die Probleme sind billigere Achsen und Spreizung der Wartungsintervalle.

Wir sollen jetzt einen Teil der Verantwortung dafür tragen und unsere Kontrollgänge sogar quittieren.

Eigentlich müssten wir das verweigern. Sollen doch die, die verantwortlich sind, sich bei Wind und Wetter auf dem Bahnsteig stellen und ihren Kopf hinhalten.

Digitale Lügenmärchen

Die sorgenvolle Miene der Chefs soll bedeuten, dass nur mit Einführung der Tablets Regio vor dem wirtschaftlichen Niedergang bewahrt wird und künftige Ausschreibungen gewonnen werden.

Stimmt nicht! Tablet allein spart nicht. Und die rausgekratzten Minuten sollen entscheidend bei Ausschreibungen sein? Sie haben uns schon viele Lügen aufgetischt.

Eine Menge Kohle wird sonst wo verbrannt, und ein beträchtlicher Teil fließt in die Säckel dubioser Typen. So oder so, wir müssen um unsere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Frisch ans Werk

Viele gutausgebildete Eisenbahner von den Stellwerken und Aufsichten sind im Pool von DB Sicherheit verschwunden. Einige haben sich nun auf die Kundenbetreuerstellen RE 6 beworben.

Aber Regio hat sich mit DB Sicherheit eine Konstruktion mit Werkvertrag ausgedacht. Ein Outsourcing der KiN. Das Kunstgebilde Werkvertrag führt zur Trennung zwischen uns: andere Löhne, andere Arbeitsbedingungen, anderer Betrieb. Lassen wir die alten Kontakte spielen und tun wir uns zusammen mit dem Ziel: gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Als ob wir eine Wahl hätten...

Am 18.9 wird in Berlin gewählt. Viele fragen sich, was die Wahlerfolge der AfD jetzt bringen werden. Und welche Verantwortung tragen die regierenden Parteien für die Verschlechterung der sozialen Lage, von der sich vor allem die AfD nährt?

Wir wollen am **Mittwoch 14.09. um 18:30 Uhr im Mehringhof** (Versammlungsraum), **Gneisenaustr. 2A, U-Bhf. Mehringdamm**, darüber diskutieren und laden Euch herzlich dazu ein!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin